

Rede  
der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages,  
Dr. h.c. Edelgard Bulmahn,  
zum 72. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-  
Belsen  
auf dem Kriegsgefangenenfriedhof Bergen-Belsen  
am 23. April 2017

Sehr geehrter Herr Generalkonsul Khotulev,  
sehr geehrter Herr Milstein,  
sehr geehrte Frau Ministerin Heiligenstadt,  
sehr geehrter Herr Fürst,  
sehr geehrte KollegInnen aus dem Landtag,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Herrmann,  
sehr geehrter Herr Dr. Keller,  
sehr geehrter Herr Dr. Wagner,  
meine sehr geehrten Herren und Damen!

„Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnert, ist verdammt, sie zu wiederholen“. Viele von Ihnen kennen diesen Satz.

Heute gedenken wir der Menschen, die hier zwischen 1941 und 1945 beerdigt wurden. 19.600 sowjetische Kriegsgefangene, 142 italienische Militärinternierte und 9 Polen.

Sie starben, weil sie brutal und unmenschlich behandelt wurden, weil sie verhungerten, erfroren, weil sie keine ausreichende medizinische Versorgung erhielten. Sie starben, weil ihr Leben in den Augen der Nationalsozialisten, in den Augen ihrer ‚Bewacher‘, der

Angehörigen der Wehrmacht und der SS, keine Bedeutung besaß.

Sie starben, obwohl die Genfer Konvention von 1929 ausdrücklich alle Länder, ihre Regierungen und auch Armeeingehörige verpflichtete, Kriegsgefangene menschlich zu behandeln, angemessen zu versorgen und nicht zu misshandeln!

Sie starben hier in den Barackenlagern, in der Nachbarschaft zu ganz normalen Menschen.

Wir gedenken der Menschen, die in Bergen-Belsen und den umliegenden Lagern zu Tode gequält wurden. Und wir gedenken derjenigen, die, selbst wenn sie diese Hölle überlebt hatten, an den Folgen zerbrachen, denen unermessliche Leiden zugefügt wurden.

Wir erinnern an ihr Leid, an ihre Verzweiflung, an ihre Hoffnung und an ihren Mut. Wir erinnern an ihre Namen, ihre Persönlichkeit, ihr Leben, an ihre Würde, die Würde eines jeden einzelnen ermordeten Opfers.

Bergen-Belsen, ein Name, der für Qual und Tod steht, für den Verlust von Menschlichkeit und von grundlegenden ethischen und moralischen Werten und Normen.

Die überwiegende Zahl der fast 6 Millionen russischen Kriegsgefangenen ist verhungert, erfroren oder an anderen Krankheiten gestorben. Mindestens jeder Zweite kam ums Leben.

In der Anfangszeit wurden viele Gefangene wegen angeblichen Widerstandes oder Fluchtversuchs von den Wachmannschaften erschossen. Zahlreiche Gefangene sind zudem in eingestürzten Erdhöhlen erstickt, in denen die Gefangenen in den Wintermonaten 1941/42 leben mussten.

Hunderttausendfach wurden sowjetische Kriegsgefangene nach Deutschland deportiert und in Lager verbracht. Viele kamen nicht wegen der „allgemeinen Kriegsumstände“ ums Leben, sondern weil Tod und Vernichtung durch Hunger, mangelnde Hygienebedingungen und Zwangsarbeit von den Nationalsozialisten bewusst in Kauf genommen wurden.

Ursache des großen Sterbens waren also die von der NS-Führung und der Wehrmacht zu verantwortenden tödlichen Existenzbedingungen und nicht ein unabwendbares Schicksal.

Der Schutzstatus der Kriegsgefangenen nach der Genfer Konvention wurde den sowjetischen Kriegsgefangenen bewusst verwehrt, sie waren rechtlos und der rassistischen Ideologie des NS-Regimes ausgesetzt: sie galten nicht als Kriegsgefangene, sie galten als „Untermenschen“.

Und dennoch, trotz der unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Kriegsgefangenen in den Lagern leben mussten, fanden Menschen die Kraft und den Mut, Widerstand zu leisten. Mitglieder des sowjetischen Sanitätspersonals gründeten das ‚Hannoveraner Komitee‘, das sich vor allem um die Verbreitung von Informationen und um Fluchthilfe bemühte sowie gegen den Übertritt in deutsche Freiwilligenverbände agitierte und zur Initiierung von Sabotagehandlungen Einfluss bei der Besetzung des Arbeitskommandos zu gewinnen

suchte. Das Hannoveraner Komitee konnte seine Untergrundarbeit bis 1945 fortführen. Der Mut dieser Menschen, ihr Wille, nicht einfach wegzuschauen, beeindruckt mich tief.

Es dauerte lange, bis bei uns in Deutschland an die Millionen getöteter, an Hunger, Misshandlung oder unzureichender Versorgung gestorbener sowjetischer Kriegsgefangener in würdiger Form gedacht wurde. Es dauerte bis Mitte der 1980er Jahre. Erst 1985/86 beschloss der Niedersächsische Landtag, die Friedhöfe und Grabanlagen so zu gestalten, dass die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer in einem angemessenen und würdigen Rahmen stattfinden konnte. Der Ost-West-Konflikt förderte lange Zeit die Verdrängung von Schuld und Verantwortung am millionenfachen Tod sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Wir wissen, dass Schuld immer persönlich ist. Doch ganz gewiss gibt es eine kollektive Verantwortung für den Umgang mit unserer Geschichte. Diese Geschichte,

unser Erbe, ist Verpflichtung, das Gedenken an die größte Barbarei der Menschheitsgeschichte in unserem kollektiven Gedächtnis fest auch für die Zukunft zu verankern. Und zugleich Auftrag, ein solches Regime des Unrechts und des Verbrechens, in welcher Gestalt auch immer, niemals wieder zuzulassen.

Heutige und künftige Generationen haben die Aufgabe, der Opfer würdig zu gedenken und zugleich in Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft das Bewusstsein für die von Deutschen begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen Millionen einzelner Opfer wachzuhalten.

Gerade mit Blick auf die gegenwärtig hohen Zustimmungswerte für Rechtsextreme und Rechtspopulisten, für Feinde der liberalen und demokratischen Gesellschaft müssen wir uns als verantwortungsvolle Demokraten den Nationalisten, Rassisten, den Reaktionären, den ideologisch Autoritären und den Holocaustleugnern in der öffentlichen Debatte von Anfang an und mit aller Entschiedenheit entgegenstellen! Und sie als das demaskieren, was sie sind: Feinde von Demokratie und

Freiheit, Feinde von Wahrheit, von Solidarität und Menschenwürde – und nicht zuletzt: Feinde der Menschlichkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Hannah Arendt schrieb: "Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist und dann zu sehen, was sich daraus – für heute – ergibt."

Das Wissen um diese Verbrechen bedeutet mehr als eine Erinnerung an vergangene Schrecken und Katastrophen. Es geht um das Bewusstsein, dass es eine Illusion ist, zu glauben, der Zivilisationsprozess sei unumkehrbar. Rassismus, aggressiver Nationalismus, Verachtung und Geringschätzung von Menschen anderer Herkunft, anderen Glaubens bleiben immer eine Gefährdung unserer Zivilisation. Nur, ob sie unser Denken, unser Handeln bestimmen, oder ob wir uns der Menschlichkeit und des Schutzes der Würde eines jeden Menschen verpflichtet fühlen, das liegt in unserer Entscheidung und in unserer Verantwortung.



Der Satz von Hannah Arendt beinhaltet einen hohen Anspruch: Nur wer sich erinnert und andere daran erinnert, was geschehen ist, kann daraus eindeutige Konsequenzen ziehen. Und nur wer ein Bewusstsein für die Fragilität von Moral und Zivilisation hat, ist in der Lage – vielleicht – einen Zivilisationsbruch, einen neuerlichen Ausbruch der Barbarei zu verhindern. Frieden und Freiheit sind kein Produkt des Zufalls, sondern eine moralische und zivilisatorische Anstrengung einer Gesellschaft. Diese Anstrengung zu leisten, sich in der Zukunft nie wiederholen zu lassen, was in der Vergangenheit nie hätten geschehen dürfen – das ist unser aller Aufgabe - wie die unserer Nachkommen.

Bei unserem zukünftigen Handeln gegenüber Russland sollten wir uns dieser Geschichte und unserer historischen Verantwortung immer bewusst sein.

Willi Brandt hat in seiner Regierungserklärung im Oktober 1969 mit einem wunderbar einfachen Satz diese

Aufgabe beschrieben: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein – im innern und nach außen.“ Mit diesem Satz hat er eine Richtschnur für unser persönliches wie auch politisches Handeln gezeigt.